Stand: 07.12.2025 10:40:20

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/816

"Änderungsantrag Haushaltsplan 2024/2025; hier: Mehr Personal in der Steuerverwaltung für einen besseren Steuervollzug und mehr Steuergerechtigkeit in Bayern (Kap. 06 05 Tit. 422 01)"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/816 vom 21.03.2024
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/2057 des HA vom 08.04.2024
3. Beschluss des Plenums 19/2346 vom 06.06.2024
4. Plenarprotokoll Nr. 21 vom 06.06.2024 (EPL 6)

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 21.03.2024 **Drucksache 19/816**

Änderungsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl, Arif Taşdelen, Horst Arnold, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Holger Grießhammer, Ruth Müller, Anna Rasehorn, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr, Nicole Bäumler, Sabine Gross, Doris Rauscher, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und **Fraktion (SPD)**

Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Mehr Personal in der Steuerverwaltung für einen besseren Steuervollzug und mehr Steuergerechtigkeit in Bayern (Kap. 06 05 Tit. 422 01)

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2024/2025 werden folgende Änderungen vorgenommen:

In Kap. 06 05 (Finanzämter) wird der Ansatz im Tit. 422 01 (Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter) für das Jahr 2024 von 787.716,0 Tsd. Euro um 30.000,0 Tsd. Euro auf 817.716,0 Tsd. Euro und für das Jahr 2025 von 815.946,8 Tsd. Euro um 62.000,0 Tsd. Euro auf 877.946,8 Tsd. Euro angehoben. Mit den zusätzlichen Mitteln können im Stellenplan der Finanzämter 1 000 zusätzliche Stellen in der 3. Qualifikationsebene finanziert werden. Die Stellen können ab 1. Juli 2024 besetzt werden. Der Stellenplan wird entsprechend angepasst.

Begründung:

Die geforderten 1 000 zusätzlichen Stellen werden geschaffen für die „Sonderkommission Schwerer Steuerbetrug“ (SKS), die Umsatzsteuersonderprüfung, die Steuerfahndung, die Betriebsprüfung und den Innendienst.

Gerade in Zeiten rückläufiger Steuerschätzung sind ein umfassender und gerechter Steuervollzug für eine Stärkung der staatlichen Einnahmen unverzichtbar. Deshalb ist eine personell gut ausgestattete Steuerverwaltung unerlässlich auch im Hinblick auf die Herausforderungen des Freistaates, denn neben Krisenreaktion müssen auch Zukunftsinvestitionen finanziert werden. In den Finanzämtern sollte der Personalkörper deshalb insgesamt gestärkt und der Stellenplan ausgeweitet und werden.

Zum 1. Januar 2023 standen an den bayerischen Finanzämtern insgesamt 17 106 Stellen für Planmäßige Beamte sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zur Verfügung. Das Personal-Ist beträgt aber nur 15 511 Vollzeitkräfte. Weitere Stellen sind mit Beschäftigten in Ausbildungsqualifizierung (121) oder abgeordneten Beamtinnen und Beamten (253) besetzt, unterliegen einer Wiederbesetzungssperre (163) oder sind wegen Altersteilzeit gesperrt bzw. nicht besetzbar (281). Darüber hinaus sind Stellen (insgesamt 777) für Rückkehrerinnen und Rückkehrer aus Beurlaubungen und für Teilzeitaufstockungen freizuhalten, entfallen auf Personalabgänge oder sollen zu einem späteren Zeitpunkt besetzt werden.

Im Ländervergleich belegt Bayern bei der Personalausstattung in der Steuerverwaltung regelmäßig hintere Plätze und schneidet insgesamt schlecht ab. Der Bedarf an weiteren

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Stellen ist also evident! Zusätzliche Steuerprüfer bringen ein durchschnittliches Mehrergebnis von deutlich über einer Mio. Euro und somit ein Vielfaches der Personalkosten. Durch die im Antrag geforderten 1 000 Stellen fließen von den in Bayern erzielten Steuermehreinnahmen rund 200 Mio. Euro im Jahr 2024 und rd. 450 Mio. Euro im Jahr 2025 zusätzlich in den Staatshaushalt.

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 08.04.2024 **Drucksache 19/2057**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

Haushaltsplan 2024/2025; Einzelplan 06 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat

Berichterstatter: **Patrick Grossmann**
Mitberichterstatter: **Tim Pargent**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Bei Kapitel 06 03 wird in 2024
   a) ein neuer Titel 686 01 „Verstärkungsmittel für einmalige Maßnahmen“ ausgebracht und mit 135,0 Tsd. Euro dotiert sowie
   b) ein neuer Titel 686 02 „Stadtjubiläen Traunstein, Burghausen, Memmingen und Augsburg“ ausgebracht und mit 650,0 Tsd. Euro dotiert.
2. Bei Kap. 06 14 Tit. 812 35 wird der Ansatz in 2024
   von 1.750,0 Tsd. €
   um 380,0 Tsd. €
   auf 2.130,0 Tsd. €
   erhöht.
3. Bei Kap. 06 16 Tit. 701 01 wird der Ansatz in 2024
   von 6.300,0 Tsd. €
   um 300,0 Tsd. €
   auf 6.600,0 Tsd. €
   erhöht.

Ferner werden die Ansätze und Haushaltsvermerke bei Kap. 06 15 entsprechend der Nachschubliste der Staatsregierung geändert (Anlage).

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Doppelhaushalts 2024/2025 vorzunehmen.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Mit den Änderungen in den vorstehenden Nummern sind folgende Anträge erledigt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Josef Zellmeier u.a. CSU,
   Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2024/2025;
   hier: Heimatprojekte - Verstärkungsmittel für einmalige Maßnahmen
   (Kap. 06 03 Tit. 686 01)
   Drs. 19/826

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU,
   Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2024/2025;
   hier: Hochschule für den öffentlichen Dienst in Bayern - interaktive Medienausstattung
   (Kap. 06 14 Tit. 812 35)
   Drs. 19/827

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Josef Zellmeier u.a. CSU,
   Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2024/2025;
   hier: Stadtjubiläen Traunstein, Burghausen, Memmingen und Augsburg
   (Kap. 06 03 Tit. 686 02)
   Drs. 19/1125

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Josef Zellmeier u.a. CSU,
   Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2024/2025;
   hier: Schlösserverwaltung - Festung Rothenberg und Schloss Höchstädt
   (Kap. 06 16 Tit. 701 01)
   Drs. 19/1149

Folgende Anträge werden zur Ablehnung empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl u.a. und Fraktion (SPD)
   Haushaltsplan 2024/2025;
   hier: Mehr Personal in der Steuerverwaltung für einen besseren Steuervollzug und mehr Steuergerechtigkeit in Bayern
   (Kap. 06 05 Tit. 422 01)
   Drs. 19/816

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl u.a. und Fraktion (SPD)
   Haushaltsplan 2024/2025;
   hier: Aufgabenmehrung abfedern: 10 neue Stellen im Landesamt für Finanzen
   (Kap. 06 15 Tit. 422 01)
   Drs. 19/817

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2024/2025;
   hier: Stellenhebungen im Bereich der Finanzverwaltung
   (Kap. 06 05 Tit. 422 01)
   Drs. 19/818

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Dr. Sabine Weigand u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2024/2025;
   hier: Historische Gärten klimafit aufstellen: Bewahrung des gartenkünstlerischen Erbes in Bayern durch mehr Stellen für die Verwaltung der staatlichen Schlösser, Gärten und Seen
   (Kap. 06 16 Tit. 428 30)
   Drs. 19/819

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2024/2025;
   hier: Treibhausgasausgleich
   (Kap. 06 02 Tit. 533 49)
   Drs. 19/820

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2024/2025;
   hier: Photovoltaik auf staatlichen Dächern
   (Kap. 06 02 Tit. 701 11)
   Drs. 19/821

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2024/2025;
   hier: Unsere Heimat I - Preise im Bereich Heimatpflege
   (Kap. 06 03 Tit. 681 81)
   Drs. 19/822

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2024/2025;
   hier: Unsere Heimat II - Förderung traditioneller Vereine
   (Kap. 06 03 TG 81 neuer Tit.)
   Drs. 19/823

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2024/2025;
   hier: Förderung einer Studie zum Zusammenhang zwischen Steuerausfällen und Energiepolitik
   (Kap. 06 03 neuer Tit.)
   Drs. 19/824

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Johann Müller, Andreas Winhart und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2024/2025;
    hier: Zuschuss an die Münchner Sicherheitskonferenz gGmbH im Bereich Cyber Security
    (Kap. 06 20 Tit. 682 71)
    Drs. 19/825

II. Bericht:

1. Der Einzelplan wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Einzelplan nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan in seiner 12. Sitzung am 8. April 2024 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU:	Zustimmung
FREIE WÄHLER:	Zustimmung
AfD:	Ablehnung
B90/GRÜ:	Ablehnung
SPD:	Ablehnung

mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

Josef Zellmeier
Vorsitzender

Anlage 3 zu 15/14/18/19-H 1108.9-1/31/1

Freistaat Bayern

Nachschubliste

Doppelhaushalt 2024/2025

zum

Entwurf des Einzelplans 06

Staatsministerium der Finanzen
und für Heimat

06 15 Landesamt für Finanzen

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2024 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2024 Tsd. €	A B	Bisheriger Betrag 2025 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2025 Tsd. €
1	2		3	4		5	6
	Ausgaben						
	Personalausgaben						
422 01-4 062	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter	A B	92.970,3 -150,0	92.820,3	A B	95.937,2 -150,0	95.787,2
	Sächliche Verwaltungsausgaben						
518 01-9 062	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume *Verpflichtungserm. 2024 Tsd. € 600,0* *Von der veranschlagten Verpflichtungserm. 2024 in Höhe von 600,0 Tsd. € werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren* *2025 bis 2027 jährlich Tsd. € 200,0*	A B	1.676,4	1.676,4	A B	1.648,9	1.648,9
	Gesamtausgaben	A B	178.047,0 -150,0	177.897,0	A B	177.799,9 -150,0	177.649,9
	Abschluss						
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A B	108,1 -	108,1	A B	109,3 -	109,3
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A B	17.328,0 -	17.328,0	A B	16.074,0 -	16.074,0
	Gesamteinnahmen	A B	17.436,1 -	17.436,1	A B	16.183,3 -	16.183,3
	Personalausgaben	A B	124.810,7 -150,0	124.660,7	A B	128.910,1 -150,0	128.760,1
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A B	27.552,3 -	27.552,3	A B	27.402,8 -	27.402,8
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A B	14.731,0 -	14.731,0	A B	12.561,0 -	12.561,0
	Baumaßnahmen	A B	5.600,0 -	5.600,0	A B	3.600,0 -	3.600,0
	Sonstige Sachinvestitionen	A B	5.353,0 -	5.353,0	A B	5.326,0 -	5.326,0
	Gesamtausgaben	A B	178.047,0 -150,0	177.897,0	A B	177.799,9 -150,0	177.649,9
	Zuschuss	A	160.610,9	160.460,9	A	161.616,6	161.466,6
	Überschuss	B	150,0		B	150,0	

Erläuterungen

Zu 06 15/422 01
Weniger 150,0 Tsd. € wegen Umsetzung nach 14 20/427 01.

Die Vergütung für nebenamtliche Erfasser von Landespflegegeldanträgen soll künftig aus dem Einzelplan 14, Kapitel 14 20, Landesamt für Pflege, gezahlt werden.

Zu 06 15/518 01
Für die Anmietung einer Zwischenunterbringung des Landesamtes für Finanzen in Weiden (2. Stufe der Behördenverlagerung Bayern 2025) ist eine entsprechende Verpflichtungsermächtigung auszubringen.

Epl. 06 Staatsministerium der Finanzen und für Heimat

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2024 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2024 Tsd. €	A B	Bisheriger Betrag 2025 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2025 Tsd. €
1	2		3	4		5	6
	Abschluss Epl. 06						
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A B	398.114,6 -	398.114,6	A B	404.190,3 -	404.190,3
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A B	150.208,4 -	150.208,4	A B	150.086,3 -	150.086,3
	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	A B	2.341,9 -	2.341,9	A B	2.341,9 -	2.341,9
	Gesamteinnahmen	A B	550.664,9 -	550.664,9	A B	556.618,5 -	556.618,5
	Personalausgaben	A B	2.397.117,3 -150,0	2.396.967,3	A B	2.520.496,6 -150,0	2.520.346,6
	Sächliche Verwaltungsausgaben *Verpflichtungserm. 2024 Tsd. € 98.922,1* *Verpflichtungserm. 2025 Tsd. € 25.464,7*	A B	474.154,3 -	474.154,3	A B	476.110,8 -	476.110,8
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen *Verpflichtungserm. 2024 Tsd. € 210.108,0* *Verpflichtungserm. 2025 Tsd. € 7.745,0*	A B	34.853,4 -	34.853,4	A B	32.683,5 -	32.683,5
	Baumaßnahmen *Verpflichtungserm. 2024 Tsd. € 101.300,0* *Verpflichtungserm. 2025 Tsd. € 124.400,0*	A B	106.029,0 -	106.029,0	A B	106.029,1 -	106.029,1
	Sonstige Sachinvestitionen *Verpflichtungserm. 2024 Tsd. € 205.567,2* *Verpflichtungserm. 2025 Tsd. € 115.465,0*	A B	128.334,9 -	128.334,9	A B	128.044,0 -	128.044,0
	Investitionsförderungsmaßnahmen *Verpflichtungserm. 2024 Tsd. € 600.980,0* *Verpflichtungserm. 2025 Tsd. € 600.980,0*	A B	231.110,0 -	231.110,0	A B	251.110,0 -	251.110,0
	Besondere Finanzierungsausgaben	A B	-42.672,8 -	-42.672,8	A B	-41.502,8 -	-41.502,8
	Gesamtausgaben *Verpflichtungserm. 2024 Tsd. € 1.216.877,3* *Verpflichtungserm. 2025 Tsd. € 874.054,7*	A B	3.328.926,1 -150,0	3.328.776,1	A B	3.472.971,2 -150,0	3.472.821,2
	Zuschuss	A	2.778.261,2	2.778.111,2	A	2.916.352,7	2.916.202,7
	Überschuss	B	150,0		B	150,0	

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 06.06.2024 **Drucksache** 19/**2346**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Die nachstehend genannten Änderungsanträge zum Epl. 06 werden abgelehnt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl u.a. und Fraktion (SPD)
   Haushaltsplan 2024/2025;
   hier: Mehr Personal in der Steuerverwaltung für einen besseren Steuervollzug und mehr Steuergerechtigkeit in Bayern (Kap. 06 05 Tit. 422 01)
   Drs. 19/816, 19/2057
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl u.a. und Fraktion (SPD)
   Haushaltsplan 2024/2025;
   hier: Aufgabenmehrung abfedern: 10 neue Stellen im Landesamt für Finanzen (Kap. 06 15 Tit. 422 01)
   Drs. 19/817, 19/2057
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2024/2025;
   hier: Stellenhebungen im Bereich der Finanzverwaltung (Kap. 06 05 Tit. 422 01)
   Drs. 19/818, 19/2057
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Dr. Sabine Weigand u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2024/2025;
   hier: Historische Gärten klimafit aufstellen: Bewahrung des gartenkünstlerischen Erbes in Bayern durch mehr Stellen für die Verwaltung der staatlichen Schlösser, Gärten und Seen (Kap. 06 16 Tit. 428 30)
   Drs. 19/819, 19/2057
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2024/2025;
   hier: Treibhausgasausgleich (Kap. 06 02 Tit. 533 49)
   Drs. 19/820, 19/2057

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2024/2025;
   hier: Photovoltaik auf staatlichen Dächern
   (Kap. 06 02 Tit. 701 11)
   Drs. 19/821, 19/2057
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2024/2025;
   hier: Unsere Heimat I – Preise im Bereich Heimatpflege
   (Kap. 06 03 Tit. 681 81)
   Drs. 19/822, 19/2057
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2024/2025;
   hier: Unsere Heimat II – Förderung traditioneller Vereine
   (Kap. 06 03 TG 81 neuer Tit.)
   Drs. 19/823, 19/2057
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2024/2025;
   hier: Förderung einer Studie zum Zusammenhang zwischen Steuerausfällen und Energiepolitik
   (Kap. 06 03 neuer Tit.)
   Drs. 19/824, 19/2057
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Johann Müller, Andreas Winhart und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2024/2025;
    hier: Zuschuss an die Münchner Sicherheitskonferenz gGmbH im Bereich Cyber Security
    (Kap. 06 20 Tit. 682 71)
    Drs. 19/825, 19/2057

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner
Abg. Patrick Grossmann
Abg. Johann Müller
Abg. Stefan Frühbeißer
Abg. Tim Pargent
Abg. Martin Böhm
Abg. Michael Hofmann
Abg. Volkmar Halbleib
Abg. Alfred Grob
Abg. Bernhard Pohl
Staatsminister Albert Füracker

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 15** auf:

Haushaltsplan 2024/2025

Einzelplan 06

für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat

hierzu:

Änderungsanträge der SPD-Fraktion (Drsn. 19/816 und 19/817)

Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 19/818 und 19/819)

Änderungsanträge der AfD-Fraktion (Drsn. 19/820 mit 19/825)

Interfraktionelle Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 19/826, 19/827, 19/1125 und 19/1149)

Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Festlegung im Ältestenrat 45 Minuten. Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass die AfD-Fraktion zu ihrem Änderungsantrag auf Drucksache 19/824 Einzelabstimmung in einfacher Form beantragt hat.

Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist Herr Kollege Patrick Grossmann für die CSU-Fraktion.

(Zurufe von der CSU: Es ist zu leise!)

– Ihr habt mich nicht gehört? Muss ich es noch einmal sagen?

(Zurufe von der CSU: Nein!)

– Gut.

Patrick Grossmann (CSU): Einen wunderschönen guten Morgen, liebe Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die ersten Gäste kommen auch – herzlich willkommen! Wir kommen am dritten Tag zusammen, um den Doppelhaus-

halt 2024/2025 zu beraten. Die Zigtausend Helferinnen und Helfer der Flutkatastrophe sind jedoch bereits seit sechs Tagen im Einsatz. Deshalb gilt mein Dank zuerst den zahlreichen Helferinnen und Helfern der Flutkatastrophe in Bayern, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Allgemeiner Beifall)

In diesen Tagen richtet sich unser Blick auf den Doppelhaushalt, damit unter anderem die Soforthilfen von 100 Millionen Euro, die wir heute voraussichtlich im Landtag beschließen werden, unbürokratisch ausbezahlt und wichtige Investitionen in den Hochwasserschutz fortgeführt werden können. Unser Dank gilt heute auch den über 30.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Heimat- und Finanzministeriums mit Finanzminister Albert Füracker an der Spitze und den nachgelagerten Ämtern, die sich um die gerechte Verwaltung unserer Steuereinnahmen kümmern.

Allerdings müssen wir auch feststellen, dass es nicht mehr so viele Steuereinnahmen zu verwalten gibt, wie ursprünglich geplant. Durch die desaströse Politik der Ampel-Regierung im Bund wird nur noch ein reales Wirtschaftswachstum von 0,2 % prognostiziert. Damit liegen wir im Vergleich der 20 führenden Industrie- und Schwellenländer nur noch an vorletzter Stelle. Sogar Russland, das mit zahlreichen Sanktionen belegt ist, liegt noch vor uns.

(Florian von Brunn (SPD): Glauben Sie die Zahlen aus Russland?)

Deshalb müssen wir dringend durch eine Reform der Steuer- und Sozialgesetzgebung vor allem auf Bundesebene dafür sorgen, dass sich Leistung wieder besser lohnt und Anreize zur Mehrarbeit geschaffen werden.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dazu haben wir zahlreiche Forderungen an den Bund gestellt, beispielsweise Überstunden steuerfrei zu stellen und Sozialausgaben zu begrenzen. Wir benötigen vor allem wieder ein unternehmerfreundliches Klima in Deutschland. Dazu benötigen wir

niedrigere Unternehmensteuern und auch niedrigere Stromsteuern. Mit solchen Anreizen würden wir dafür sorgen, dass wieder mehr in Deutschland produziert wird und am Ende auch mehr Steuern bezahlt werden können.

Trotzdem schafft es die Bayernkoalition aus CSU und FREIEN WÄHLERN, im Freistaat einen soliden Haushalt ohne neue Schulden aufzustellen. Somit steht dem Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Heimat und Finanzen im Vergleich zum Vorjahr ein um circa 7 % höherer Etat in Höhe von 3,3 Milliarden Euro alleine für das Jahr 2024 zur Verfügung. Der Aufwuchs wird vor allem in die Breitbanderschließung, in die IT-Ausstattung und in unser Personal investiert. Bayern hat in den letzten zehn Jahren bereits 3,7 Milliarden Euro in die Breitbanderschließung investiert. Obwohl wir das größte Flächenland sind, haben wir bereits mehr als 90 % der Anschlüsse mit mehr als 100 Mbit/s versorgt. Davon sind zwei Drittel gigabitfähig. Aber wir gehen noch weiter voran. Allein im Doppelhaushalt 2024/2025 stehen weitere 480 Millionen Euro für die Breitbanderschließung zur Verfügung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Außerdem ist das Finanzministerium Vorreiter bei der Digitalisierung, lieber Albert Füracker. Online-Dienste und -Plattformen, beispielsweise zur Mitarbeitergewinnung, werden weiter ausgebaut. Die Anwendung ELSTER nutzen bereits über 80 % unserer Steuerzahler, und sie soll stetig weiterentwickelt werden. Insgesamt stehen für die IT-Ausstattung im Jahr 2024 über 400 Millionen Euro zur Verfügung.

Mit insgesamt 300 zusätzlichen Stellen für die Finanz- und Steuerverwaltung verzeichnen wir einen gemäßigten Aufwuchs in der Personalverwaltung. Wir erteilen überzogenen Forderungen von der SPD-Fraktion auf 1.000 zusätzliche Stellen in der Steuer- und Finanzverwaltung eine klare Absage, liebe Kolleginnen und Kollegen; denn langfristig muss die Reise beim Personal in eine andere Richtung gehen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Für die CSU ist und bleibt die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen, lieber Herr Kollege Bernhard Pohl, ein zentrales Ziel. Dafür setzen wir beispielsweise Schwerpunkte in der Heimatstrategie. Gerade mit der Behördenverlagerung gehen wir als Freistaat Bayern wirklich vorbildlich voran. Im Rahmen des Einzelplans 06 werden wir die Dienststelle des Landesamtes für Finanzen mit 300 Beschäftigten nach Weiden verlegen. Wir sprechen nicht nur darüber, sondern wir handeln, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn es um die Stärkung des ländlichen Raums geht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zum Schluss möchte ich noch mal den fleißigen Steuerzahlern in Bayern danken. Aber ich bleibe dabei: Unternehmertum und Leistung müssen sich wieder mehr lohnen. Ich bitte um Zustimmung zum Einzelplan 06.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, möchte ich auf der Ehrentribüne die Vertreter der Kurdischen Gemeinde in Deutschland herzlich begrüßen. Sie sind der Einladung der Vorsitzenden des Ausschusses für Eingaben und Beschwerden, Frau Gülseren Demirel, gefolgt. – Herzlich willkommen im Bayerischen Landtag und vielen Dank für den Einsatz Ihres Vereins für Demokratie und Integration.

(Allgemeiner Beifall)

Nun hat Herr Kollege Johann Müller für die AfD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Johann Müller (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich Ihnen einen wunderschönen guten Morgen wünschen – auch Ihnen auf der Tribüne.

Wir kommen heute nach einem langen Beratungsprozess im Ausschuss und im Plenum auf die Zielgerade zur Verabschiedung des Haushaltsgesetzes. Bevor wir uns aber dem Einzelplan des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat zuwenden, möchte ich mich zunächst bei den Mitarbeitern des Landtags für den reibungslosen Ablauf der Haushaltsberatungen im Ausschuss und im Plenum bedanken.

(Beifall bei der AfD)

Natürlich möchte ich mich auch im Namen der AfD-Fraktion bei all den bayerischen Steuerzahlern bedanken, die dafür sorgen, dass in Bayern ein gutes Leben möglich ist.

(Beifall bei der AfD)

Hinter jedem einzelnen Euro, der in den Staatshaushalt fließt, stecken letztendlich die harte Arbeit und die Lebenszeit eines Bayern. Gerade deshalb müssen wir mit den Steuergeldern in Bayern besonders sorgsam umgehen.

Damit kommen wir auch schon zum Haushalt des Finanzministeriums. Das Volumen ist mit 3,3 bzw. 3,4 Milliarden Euro für die beiden Jahre vergleichsweise gering, aber die Aufgaben des Ministeriums sind enorm; denn es verantwortet den Staatshaushalt, die Finanzplanung und die Steuer- und Finanzverwaltung.

Voraussetzung für einen soliden Haushalt ist eine solide Wirtschaft. Aber gerade die Wirtschaft kommt in Bayern und in Deutschland immer mehr ins Wanken. Wir als AfD-Fraktion weisen regelmäßig darauf hin, dass sich die wirtschaftliche Lage im Freistaat immer weiter verschlechtert.

Bei der letzten Haushaltsdebatte haben wir klar vor der Gefahr einer dauerhaft geschwächten Wirtschaft gewarnt, falls sich die unterdurchschnittliche Entwicklung der Industrie in Bayern fortsetzt. Man hat uns belächelt und gesagt, dass sich die Industrie sicher erholen würde, sobald die Energiekrise vorüber ist. Jetzt sehen wir, dass nach

einer kurzen Erholung der Konjunktur viele Branchen in Bayern stark unter Druck geraten. Gerade die Metall- und die Elektroindustrie, ein Herzstück unserer Wirtschaft und für Jahrzehnte Garanten für steigende Steuereinnahmen, kämpfen mit schwacher Auftragslage und mit Produktionsrückgängen. Gleichzeitig steigt die Zahl der Beschäftigten in diesem Zweig nicht mehr.

Was bleibt, ist eine schlechte wirtschaftliche Stimmung und die drohende Abwanderung bayerischer Unternehmen.

Wie schon im Vorjahr gilt: Heimische Spitzenunternehmen verlagern ihre Produktion ins Ausland, manche fliehen sogar ganz. Dass die Bayerischen Motorenwerke im letzten Jahr ihre Produktion von Verbrennungsmotoren in Deutschland eingestellt haben, wird schulterzuckend akzeptiert. Bayerische Hochtechnologie wird künftig im Ausland und für das Ausland produziert.

Auch kleinere Unternehmen bauen Arbeitsplätze ab und verlagern die Produktion. Das Motto aufgrund dieser Politik heißt: Raus aus Bayern, raus aus Deutschland. Das sieht man auch deutlich in internationalen Studien, die Deutschland als weit abgeschlagenes wirtschaftliches Schlusslicht der entwickelten Industrienationen sehen.

Wir alle wissen: Das ist das traurige Ergebnis der grünen Energiepolitik, die seit Jahrzehnten von allen Altparteien betrieben wird.

(Beifall bei der AfD)

Natürlich schlagen all diese Entwicklungen bereits mit voller Wucht auf Bayern durch.

Die aktuellen Steuerschätzungen aus dem Mai zeigen uns, dass die Steuereinnahmen wegbrechen. Dadurch hat das Finanzministerium plötzlich ein Steuerloch von über 1,1 Milliarden Euro zu stopfen, wobei elementare Aufgaben wie zum Beispiel der Abbau der milliardenschweren Corona-Kredite bereits auf ein Minimum reduziert sind. Unser Schuldenberg ist bereits auf 37 Milliarden Euro angewachsen, aber getilgt werden 50 Millionen Euro pro Jahr. Da kann sich jeder ausrechnen, wie lange wir brau-

chen, um diesen Schuldenberg abzutragen. Wir als AfD-Fraktion haben Änderungsanträge zum zügigen Schuldenabbau gestellt. Mit unserer Politik würde Bayern hier deutlich besser fahren.

Der bayerische Steuerzahler, das Finanzministerium und der Freistaat befinden sich also in schwierigen Zeiten. Deswegen kann ich nur mit dem Kopf schütteln, wenn ich Änderungsanträge sehe, die eine Erhöhung des Personals im Steuervollzug fordern und andeuten, dass die Steuergerechtigkeit in Bayern nicht gegeben sei. Die bayerischen Steuerzahler werden dadurch unter Generalverdacht gestellt, und das ist geradezu unanständig.

Die Steuerlast ist enorm. Es gibt große Bevölkerungsgruppen, die nicht arbeiten, obwohl sie es könnten. Der Steuerzahler und die Unternehmen ächzen unter den Abgaben, und manche Parteien fordern höhere Steuern, neue Steuern, eine Abschaffung der Schuldenbremse und höhere Staatsausgaben. Das macht fassungslos.

Ebenso wundert es mich, dass das Finanzministerium immer noch den Zusatz "und für Heimat" trägt. Die Heimat trägt das Ministerium nur im Namen. Die Ausgaben für den Bereich Heimat, regionale Identität und Heimatpflege sind schon lange rückläufig, in den Jahren 2024 und 2025 werden sie noch einmal um über eine Million Euro pro Jahr gegenüber 2023 reduziert. Wir als AfD-Fraktion kritisieren seit Jahren den Rückgang der Mittel, und so stellen wir seit Jahren Änderungsanträge, um die Kommunen im Bereich Heimatpflege und im Bereich der traditionellen Vereine zu stärken. Wenigstens uns liegt die bayerische Heimat noch am Herzen. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht der Kollege Stefan Frühbeißer für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Stefan Frühbeißer (FREIE WÄHLER): Verehrte Frau Präsidentin, verehrter Herr Minister, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren auf den Zuhörerrängen! Ein dunkles Bild wird gezeichnet, das ist bei jedem Einzelplan so. Das, was man in der Vorrede hört, wie schlecht doch alles sei, wie schlecht alles laufe und auf welchem Weg wir doch in der Abwärtsspirale seien – das wiederholt sich natürlich in allen Reden –, steht im Gegensatz zur Realität derjenigen, die realistisch mit den Themen umgehen und einen fundierten Blick hinter die Kulissen haben, die genau wissen, dass es nicht so ist. Das ist gerade beim Einzelplan 06 so. Das Finanzministerium hat mit dieser Konstellation Heimat und Finanzen eine besondere Aufstellung. Daran zeigt sich aber ganz deutlich, die Identifizierung mit der Heimat, IT und natürlich die Finanzen sind in einem Haus, und der Bürger fühlt sich wohl, dass es so ist.

Mit der IT haben wir im Einzelplan 06 einen Bereich, der besonders durch die Breitbandförderung in die Diskussion kam. Dafür haben wir enorme Mittel eingeplant; 230 Millionen Euro werden eingesetzt, um die Breitbandversorgung mit Glasfaser in die Fläche zu bringen. Vielen geht das zu langsam, aber ich sage Ihnen eines: Die Möglichkeiten sind da.

Ich hatte vor einigen Jahren selbst das Vergnügen, auf die Unterstützung des Herrn Staatsministers setzen zu dürfen, um eine Breitbandversorgung in die Fläche zu bekommen. Eine Gemeinde, eine Stadt mit 35 Ortsteilen, hat den Breitbandausbau verwirklicht, und zwar in einer Situation, in der der Bund noch nicht so richtig wusste, wie vorgegangen werden soll. Dann wurde eine Kofinanzierung erreicht. Viele haben nicht auf dem Schirm, dass nach Artikel 87f des Grundgesetzes der Bund für die Telekommunikation und für die Versorgung der Bevölkerung mit den entsprechenden Einrichtungen verantwortlich ist.

Ich darf mich bei dieser Gelegenheit dafür bedanken, dass diese Möglichkeiten geschaffen wurden, dass wir Glasfaser – ich erläutere es noch einmal – in jedes Haus bringen konnten. Oft hören wir, dass es nicht funktioniert. Viele sagen, es muss noch mehr Geld gegeben werden, es muss noch mehr hineingesteckt werden. Aber der Be-

weis ist erbracht, dass es dann auch funktioniert, wenn man sich vor Ort darum kümmert.In unserem Fall war es so: Ein Glasfaseranschluss ist für jedes Haus verfügbar, und der Bürger hat keinen Cent zuzahlen müssen. Der Betrieb läuft. Das Netz ist aufgrund einer Sondersituation bei uns an die Telekom vermietet. Es gilt einfach: machen, anpacken und tun.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die Voraussetzungen dafür wurden geschaffen, weil mit dem damaligen Etat Weichen gestellt wurden.

Dies gilt auch für den Staatshaushalt 2024/2025 und den Einzelplan 06. Das erwähnte dunkle Bild kommt nicht zum Tragen. Ganz im Gegenteil. Es ist vielmehr sichergestellt, dass diese Entwicklungen möglich sind. Viele weitere Kommunen können mit der Unterstützung des Freistaates, der immer wieder für den Bund in die Bresche springt, solche Maßnahmen durchführen.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, hier ein ausdrückliches Dankeschön an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Steuerverwaltung auszusprechen. Es ist nicht unbedingt beliebt, in der Steuerverwaltung zu arbeiten. Das zeigt Identifizierung mit der Heimat Bayern. Die Bürgerinnen und Bürger akzeptieren und sehen sehr wohl, dass die Funktion des Staates nur gegeben ist und Ausgaben nur dann getätigt werden können, wenn auch Einnahmen erzielt werden.

Die anderen Aufgabenbereiche dienen natürlich auch dazu, zum Wohle des Freistaates Bayern Einnahmen sicherzustellen. Ich denke hier an die Bayerische Schlösser- und Seenverwaltung, an die Bayerische Seenschifffahrt. Die Raumfahrt folgt vielleicht noch. Herzlichen Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter!

Ich bedanke mich natürlich auch bei den Ausschussmitgliedern. Wir haben sehr intensiv und vor allem konstruktiv diskutiert und können einen Etat vorlegen, den ich Ihnen selbstverständlich zur Zustimmung vorschlagen möchte. Ich stehe voll dahinter.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächstem erteile ich Herrn Kollegen Tim Pargent für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Tim Pargent (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrter Herr Staatsminister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Ich bin, ehrlich gesagt, etwas ernüchtert. Ich darf nun zum wiederholten Mal zum Einzelplan des Finanzministeriums sprechen und bin ernüchtert, ähnlich wie viele Beschäftigte in unseren Finanzämtern, die trotz der widrigen Personalsituation jeden Tag so einen großartigen Job leisten. Damit bin ich schon beim Kern des Problems, der widrigen Personalsituation in den Finanzämtern. Dazu verweise ich auf die Zahlen: Die steuerlichen Fallzahlen sind in den vergangenen Jahren erfreulicherweise in die Höhe geschnellt. Seit dem Jahr 2010 haben sich die Fälle um 40 % erhöht, eine sehr erfreuliche Steigerung. An dieser Stelle ein ganz großer Dank an alle Steuerpflichtigen, die dazu beigetragen haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Personal in der Steuerverwaltung, das sich um diese Fälle kümmert, ist in den 15 Jahren, beginnend mit dem Haushaltsjahr 2010 und fortgeschrieben im Haushalt 2024/2025, nur um 5 % gestiegen. Das bedeutet: Bei 40 % Steigerung der Fälle nur 5 % Personalzuwachs. Zeigen Sie mir einmal eine Schule, in der 40 % mehr Schülerinnen und Schüler kommen, aber nur 5 % mehr Lehrkräfte eingestellt werden.

(Michael Hofmann (CSU): Ich empfehle Ihnen eine Diskussion mit Ihren Bildungspolitikern! – Felix Locke (FREIE WÄHLER): Sie vergleichen Äpfel mit Birnen!)

Wenn aus 1.000 Kindern 1.400 Kinder werden, und Sie stellen zu den 100 Lehrkräften nur 5 neue ein, wäre das verrückt, damit würden Sie baden gehen. Da würde keiner mitmachen. Aber das ist der Zustand an den Finanzämtern, und das ist nicht mehr hinnehmbar.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Kollege Grossmann von der CSU, Sie haben in Ihrer Rede nur einen Satz zur Personalausstattung fallen lassen. Sie sagen: Langfristig müssten wir sogar mit noch weniger Personal zurechtkommen. Das ist ein starkes Stück, und das finde ich in diesem Zusammenhang schwach.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich bin gespannt, was Ihr Kollege zu der Personalsituation sagen wird, ob er den Beschäftigten Mut machen kann. Die Bearbeitungsdauer der Steuererklärung hat sich in Bayern, verglichen mit anderen Bundesländern, deutlich erhöht. Das ist am bundesweiten Ranking für die Bearbeitung einer Steuererklärung ersichtlich. Dabei handelt es sich um ein weiteres Warnsignal. Deswegen ist es auch nicht verwunderlich, dass so viele Menschen die Steuerverwaltung verlassen und in die freie Wirtschaft oder zu den Kommunen wechseln. Die Arbeitsbedingungen sind widrig. Dazu kommen noch die immensen Arbeitsbelastungen durch die Grundsteuer, und zwar deswegen, weil die Beschäftigten unnötig lange auf das Gesetz der Staatsregierung warten mussten. Im Übrigen hat die Komplexität des Steuerrechts auch nicht nachgelassen.

(Michael Hofmann (CSU): Das Bundesgesetz hat Ihnen weniger Arbeit gemacht! Da lache ich ja! Das ist ein Witz!)

Sehr geehrte Damen und Herren, die Finanzämter in unserer gesamten Steuerverwaltung brauchen mehr Unterstützung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unsere Steuerverwaltung ist aber nicht nur wichtig für die Einnahmenerzielung, sondern auch für die Gerechtigkeit im Land. Ich denke, wir sind uns alle einig: Niemand darf sich in unserem Land auf Kosten der Mehrheit einen unlauteren Vorteil verschaffen, indem er bei der Steuer trickst und die vielen Ehrlichen deswegen wieder die Deppen sind. Unsere Finanzverwaltung ist eben kein reiner Verwaltungsapparat, in dem

vorne der Antrag reingeht und hinten eine Erklärung und ein Bescheid rausgehen. Sie ist auch ein Eckpfeiler der Gerechtigkeit. Es ist gut, dass unsere Steuerverwaltung in unserem Lande für Gerechtigkeit einsteht.

(Michael Hofmann (CSU): Oder Sie sorgen in Berlin einmal für Gerechtigkeit!)

In Anbetracht des eklatanten Personalbedarfs und der großen Sonderaufgaben, die durch die Grundsteuer nun einmal gegeben sind, haben wir eine Gerechtigkeitslücke zu befürchten. Nicht weil unsere Beamtinnen und Beamten das wollen, sondern weil sie nicht anders können. Die Prüfungsintervalle werden eher länger, und das ist nicht hinnehmbar. Der Vorsitzende der Deutschen Steuer-Gewerkschaft sagte dieser Tage zu Recht: Es war noch nie so einfach, Steuern zu hinterziehen, wie heute. Und damit hat er recht.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wo kommt der her?)

– Er kommt aus Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Anstatt sich an dieser Stelle um diese Gerechtigkeitslücke zu kümmern, redet der Finanzminister in Pressemitteilungen gegen die Bargeldobergrenze. Das ist der gleiche Minister, dessen Job es wäre, dafür zu sorgen, dass weniger betrogen und hinterzogen wird. Meine Damen und Herren, Law and Order muss endlich auch bei Steuerhinterziehung und Finanzkriminalität gelten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was braucht es nun, um diese Missstände in der Personalsituation abzustellen? – Wir brauchen endlich mehr Attraktivität. Erstens muss man in Zeiten des demografischen Wandels um junge Menschen werben. Deshalb bedarf es endlich einer Recruiting-Kampagne für die Steuer- und Finanzverwaltung. Ob die Schließung des Ausbildungsstandortes in Herrsching eine gute Werbung ist, bezweifle ich allerdings.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweitens. Für engagierte Beschäftigung braucht es Beförderungen und Stellenhebungen. In kaum einem anderen Bereich werden so viele Aufgaben des gehobenen Dienstes, der dritten QE, von Beschäftigten des mittleren Dienstes in der zweiten QE erledigt. Das ist ein Armutszeugnis, dass in diesem Haushalt nahezu keine Stellenhebung vorgesehen ist. Um unser Personal wenigstens in der Finanzverwaltung zu halten, brauchen wir diese Stellenhebungen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Drittens. Die Wiederbesetzungssperre im ganzen Haushalt muss abgeschafft werden. Entweder brauchen wir die Stellen, dann muss man sie nachbesetzen, und zwar direkt, oder wir brauchen sie nicht, dann sollte man sie streichen. Mit der bisherigen Regelung, dass Stellen ein halbes Jahr unbesetzt bleiben, schaffen wir einen Knowhow-Verlust. Das muss ein Ende haben.

Ich höre jetzt schon die Unkenrufe, die Personalquote im Freistaat sei so hoch. In der Steuerverwaltung ist doch das Gegenteil der Fall. Die Stellen kosten zwar Geld – das ist klar –, aber gerade in der Steuerverwaltung können sie sich auch rechnen. Wird das Geld nämlich erst einmal eingenommen, kann es in anderen Bereichen wieder investiert werden, zum Beispiel bei Naturkatastrophen, bei denen wir jetzt kraftvoll helfen können. Hier haben wir in den letzten Tagen viel diskutiert. Ein herzlicher Dank an alle engagierten Finanzbeamtinnen und -beamten in Bayern, die auch dafür sorgen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zum Abschluss möchte ich noch ein Thema ansprechen, das in diesem Haushalt häufig mitschwimmt: die Bayerische Schlösserverwaltung. Im Gegensatz zu den Vorjahren muss ich darauf eingehen; denn gerade unsere Gärten und Parks sind ebenfalls von der Klimakrise betroffen. Leider geht sie an unseren schönen und historisch wertvollen Parks nicht spurlos vorbei. Gerade die Pflanzen und Bäume leiden vor allem unter

starker Hitze und Trockenheit im Sommer. Immer mehr Bäume nehmen Schaden und müssen dann aufgrund der Verkehrssicherungspflicht gefällt werden. Deshalb brauchen wir auch hier mehr Stellen, die den klimagerechten Umbau begleiten. Meine Fraktion hat einen entsprechenden Änderungsantrag gestellt und wirbt dafür um Zustimmung. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Es liegen zwei Meldungen zu einer Zwischenbemerkung vor. Die CSU muss sich noch einig werden, wer spricht. Martin Böhm hat als Erster für die AfD das Wort.

Martin Böhm (AfD): Sehr geehrter Herr Kollege Pargent, ich bin fern davon – jeder weiß das –, der Staatsregierung Gutes beizumessen. Aber jetzt muss ich schon mal Klartext reden: Sie sprechen von Personalzugang in der Finanzverwaltung. Die Digitalisierung, die wir in den Finanzbehörden haben, ist an Ihnen wahrscheinlich total vorbeigelaufen. Mittlerweile wird ein guter Teil der Steuererklärungen ohne menschlichen Einsatz nur noch digital bearbeitet und digital verbeschieden.

Ich glaube nicht, dass wir in der von Ihnen genannten Höhe einen Personalzugang in der Finanzverwaltung brauchen. Wenn wir irgendwo Personalzugang brauchen, dann brauchen wir ihn bei Polizei und Justiz, um in unserem Land das in Ordnung zu bringen, was aufgrund der verqueren Politik der Ampel-Abriss-Truppe in Berlin aus dem Ruder läuft.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Bitte schön, Herr Pargent.

Tim Pargent (GRÜNE): Scheinbar ist bei Ihnen das Digitalisierungsparadoxon noch nicht angekommen. Es klingt zwar immer gut: Auf die Schnelle können wir damit Personal einsparen. – Das Gegenteil ist der Fall: Im ersten Moment brauchen Sie erst einmal zusätzliches Personal, das das alles aufbaut.

(Robert Brannekämper (CSU): Das läuft schon alles, Herr Kollege! Was erzählen Sie hier?)

In einer bürgernahen Finanzverwaltung – und das ist der zweite Punkt – brauchen Sie auch Personal, das sich dann erstens die schweren Fälle, die komplexen Fälle, trotzdem ansieht und zweitens – für die Bürgernähe – auch für die Menschen, die Rückfragen haben, die Themen haben und am laufenden Band in unseren Ämtern anrufen, ein offenes Ohr hat und die Zeit hat, um dort Antworten zu geben.

(Beifall bei den GRÜNEN – Robert Brannekämper (CSU): Ihr habt doch keine Ahnung von Steuerverwaltung!)

Präsidentin Ilse Aigner: Und nun spricht der Kollege Michael Hofmann.

Michael Hofmann (CSU): Herr Kollege Pargent, unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Finanzverwaltung machen seit Jahren einen hervorragenden Job;

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

auch deswegen, weil die Spitze des Hauses in verschiedenen Anweisungen dafür sorgt, dass man sich nicht mit sinnlosen Aufgaben beschäftigt. Ich höre beispielsweise immer wieder die Diskussionen und Forderungen, wir müssten viel mehr Fälle kontrollieren usw. Es geht darum, die zu kontrollieren, bei denen tatsächlich etwas zu holen ist, effizient und notwendig. Das machen unsere Leute hervorragend.

Was mich allerdings umtreibt, ist, dass Sie die Fallzahlen heranziehen, um zu erklären, dass wir mehr Personal brauchen. Wie wäre es denn eigentlich, Herr Kollege Pargent, wenn man sich in Berlin mal Gedanken darüber machen würde, ob man das ganze Steuersystem ein bisschen vereinfacht? Wenn wir eine Vereinfachung vornehmen würden, hätten unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weitaus weniger zu tun.

(Widerspruch des Abgeordneten Paul Knoblach (GRÜNE))

Ich will das an einem Beispiel, das wirklich verrückt ist, auch noch mal darlegen. Im Jahressteuergesetz – –

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, das können Sie jetzt nicht mehr, weil die Zeit vorbei ist.

Michael Hofmann (CSU): Das ist schade. – Der Grundfreibetrag ist nicht im Jahressteuergesetz geregelt. Das müssen Sie in Berlin noch nachträglich machen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Tim Pargent (GRÜNE): Erstens Zustimmung: Die Beamtinnen und Beamten machen einen tollen Job. Aber zweitens ist es dann schon immer ein bisschen putzig, dass man so lange in der Bundesregierung war und die Belastungen und die Komplexität im Steuerrecht keineswegs abgenommen haben.

(Beifall bei den GRÜNEN – Michael Hofmann (CSU): An uns liegt es nicht! Ihr seid doch diejenigen, die das komplizierter machen! An uns liegt es nicht!)

Es tut mir leid, Ihnen das sagen zu müssen. Aber es wäre schön, wenn Sie das auch da umgesetzt hätten und nicht nur schöne Pressemitteilungen geschrieben hätten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Jetzt spricht der Kollege Volkmar Halbleib für die SPD-Fraktion.

Volkmar Halbleib (SPD): Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich beginne mit einem Dank an das Landtagsamt und die Fraktionsmitarbeiter, aber auch an die Kollegen im Haushaltsausschuss für die umfassenden Beratungen und auch für die Unterstützung bei unserer Arbeit – das gilt insbesondere für das Landtagsamt. Das ist der eine Dank. Bei dem weiteren Dank will ich mich anschließen. Er ist schon vom Kollegen Grossmann zum Ausdruck gebracht worden, und ich darf ihn ausdrücklich unterstreichen: Der Dank an die Steuerzahler, die nach Recht und Gesetz in Bayern

Steuern zahlen, ist zu Recht ausgesprochen worden, und dem schließe ich mich uneingeschränkt an.

Nur, wer diesen Satz ernst meint und wer die ganz überwiegende Mehrheit der redlichen Steuerzahler im Blick hat, der muss gleichzeitig auch sagen, dass wir einen besseren und konsequenteren Steuervollzug und mehr Steuergerechtigkeit in Bayern brauchen. Das ist die Konsequenz dieses Satzes, und an dieser Konsequenz fehlt es der Regierungskoalition.

(Beifall bei der SPD)

Denn sonst – und das ist doch klar, das ergibt sich durch das Steuersystem – sind die ehrlichen Steuerzahler die Dummen. Das dürfen sie nicht sein, und das gilt insbesondere für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, bei denen die Steuer direkt vom Lohn abgezogen wird. Bei den anderen geht es eben um die Steuerprüfung. Die muss auch stattfinden, damit nach Recht und Gesetz gezahlt wird. Leider tun die Staatsregierung und die Regierungsfraktionen seit langen, langen Jahren viel zu wenig dafür, dass Steuergerechtigkeit herrscht und der ehrliche Steuerzahler eben nicht der Dumme ist.

(Beifall bei der SPD)

Sie brauchen ja nicht der SPD Folge zu leisten, aber Sie sollten sich vielleicht schon mal überlegen, warum der Oberste Rechnungshof zum 27. Mal in Folge kritisiert, dass wir einen unzureichenden Steuervollzug in Bayern haben. Zum 27. Mal wird im Jahresbericht ein unzureichender Steuervollzug in Bayern kritisiert.

Man sieht das ja auch an den Stellen. Selbst die viel zu wenigen Stellen in der Steuerverwaltung sind auch noch blockiert für Steuerprüfungen und Steuerfahndung. Sie können nicht mit Steuerprüfern besetzt werden, sondern werden anderweitig verwendet. Das sind von 17.000 Stellen insgesamt 1.600. Das ist seit Jahren das gleiche

Bild: Die eh schon knapp bemessene Stellenzahl an den Finanzämtern ist zu einem beachtlichen Teil nicht mit Steuerprüfern besetzt.

Das führt zu Konsequenzen, und da reagiere ich jetzt auf den Einwand der AfD, die gesagt hat, dass die Forderung nach mehr Steuerprüfern unanständig ist. Das Gegenteil ist der Fall: Steuerungerechtigkeit ist unanständig. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der SPD)

Sie brauchen nicht uns zu glauben, lieber Kollege Hofmann, aber Sie müssen vielleicht auch einem oder dem Vertreter der Finanzbeamtinnen und Finanzbeamten Folge leisten, der erst am Wochenende in einem Interview die viel zu niedrige Zahl der Steuerprüfungen massiv kritisiert hat. Ich darf nur zwei Sätze zitieren:

"Zudem haben wir viel zu wenig Steuerfahnder."

Dann kommt der entscheidende Satz von Gerhard Wipijewski, wörtlich:

"Wir sind weit davon entfernt, faire und für alle gleiche Bedingungen zu schaffen. Damit aber haben die Betrüger bei uns bessere Bedingungen als die, die sich an Recht und Gesetz halten."

Das darf im Freistaat Bayern nicht sein.

(Beifall bei der SPD – Michael Hofmann (CSU): Machen Sie es in Berlin einfacher!)

– Ja, ich kenne die Strategie schon: Ein Finger zeigt nach Berlin, drei Finger zeigen auf Sie zurück.

(Widerspruch bei der CSU – Michael Hofmann (CSU): Sie müssen es einfacher machen!)

Nicht die Regierungskoalition ist kritisiert worden, sondern diese Bayerische Staatsregierung zum 27. Mal in Folge durch den Bayerischen Obersten Rechnungshof. Das müssen Sie sich mal ins Stammbuch schreiben.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben in diesem Haushaltsjahr, wie in allen anderen, gekämpft. Im Ergebnis verweigern Sie sich als Regierungsfraktionen und natürlich auch die Staatsregierung seit Jahren, dieser notwendigen Steuergerechtigkeit Rechnung zu tragen; zuletzt leider wieder durch die Ablehnung unseres Haushaltsantrages.

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU))

Deswegen gilt umso mehr der Dank denen, die trotz der schlechten Personalausstattung, trotz der fehlenden Steuergerechtigkeit nach wie vor in der Steuerverwaltung hohe bis höchste Leistungen erbringen.

Der Dank gilt natürlich gleichermaßen den Beschäftigten im Ressortbereich des Finanzministeriums, beispielsweise – ich könnte jetzt viele nennen – beim Landesamt für Finanzen oder in der Schlösser- und Seenverwaltung. Aber auch da müssen wir zu Verbesserungen kommen. Es ist doch logisch, dass der Stellenaufwuchs in unterschiedlichsten Ressorts auch durch das Landesamt für Finanzen bewältigt werden muss. Deswegen ist es schwer nachvollziehbar, dass unser Antrag auf eine behutsame Stellenmehrung einfach vom Tisch gewischt wurde.

Vielleicht noch ein Blick auf die Personalpolitik des Finanzministeriums: Das Gleiche gilt für die Streichung von Artikel 6i im Haushaltsgesetz, sozusagen aller Stellenhebungen oder der Stellenhebungen. Das ist ein falsches Signal für die Beschäftigten, und es wird bei den Beschäftigten auch so gesehen. Eine Nullnummer wird dem Anspruch der Personalentwicklung in diesem Freistaat definitiv nicht gerecht.

(Beifall bei der SPD)

Abschließend: Auch die Wiederbesetzungssperre ist in kleinen Personalkörpern absolut kontraproduktiv, weil die notwendigen Einarbeitungen und der notwendige Know-how-Transfer nicht erfolgen können. Das ist Personalbewirtschaftung aus der Steinzeit, die mehr wirtschaftliche Schäden verursacht, als sie Einsparungen bringt.

In diesem Sinne haben wir, glaube ich, genug Material dafür geliefert, dass wir beim nächsten Haushalt, beim Nachtragshaushalt 2025, endlich mehr Steuergerechtigkeit bekommen. Das ist Ihre Verantwortung, das ist auch ein verfassungspolitischer Auftrag. Werden Sie diesem Auftrag endlich gerecht.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, es liegen zwei Meldungen zu einer Zwischenbemerkung vor. Die erste Zwischenbemerkung kommt von dem Kollegen Patrick Grossmann.

Patrick Grossmann (CSU): Lieber Kollege Halbleib, ich schätze Sie sehr, aber ich finde es unerträglich, dass Sie eine Vielzahl von Steuerzahlern und Unternehmern unter Generalverdacht stellen. Das kann nicht sein.

(Beifall bei der CSU – Florian von Brunn (SPD): Das ist doch Unsinn! Das ist kompletter Unsinn! Das ist eine billige Unterstellung!)

Wenn Sie fordern, dass 1.000 neue Stellen geschaffen werden, dann frage ich mich, was der ehemalige Finanzminister Olaf Scholz gemacht hat, um unser Steuerrecht zu vereinfachen.

(Florian von Brunn (SPD): Sie haben Steuer-CDs gekauft!)

Präsidentin Ilse Aigner: Bitte schön, Herr Kollege Halbleib.

Volkmar Halbleib (SPD): Das mit dem Generalverdacht ist natürlich ein blühender Blödsinn. Das wissen Sie selbst.

(Beifall bei der SPD)

Das ist genauso, als würden Sie das dem Bayerischen Obersten Rechnungshof unterstellen. Das muss man einfach zurückweisen. Das wissen Sie; es ist Ihr schlechtes Gewissen,

(Lachen bei der CSU)

dass Sie nichts für die Steuergerechtigkeit tun. Das haben Sie im Freistaat aber alleine in der Hand.

(Beifall bei der SPD)

Ihre Behauptung allein, wir würden einen Generalverdacht gegenüber den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern erheben, ist – –

(Zuruf von der CSU: Genau so ist es!)

– Unterstellen Sie das auch Herrn Wipijewski von der Bayerischen Finanzgewerkschaft, dem Obersten Rechnungshof, den vielen anderen, die das monieren, und übrigens auch den Beschäftigten in der Steuerverwaltung selbst?

(Zuruf von der CSU: Sie machen das doch!)

Das sind doch die Kronzeugen für uns, dass wir richtig- und Sie falschliegen!

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der CSU: Nee, nee!)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege Böhm, bitte.

Martin Böhm (AfD): Sehr geehrter Herr Kollege Halbleib, was Sie hier loslassen, lässt mich schon ein wenig an mangelnde Sachkenntnis glauben.

(Unruhe – Florian von Brunn (SPD): Schauen Sie gerade in den Spiegel, Herr Böhm?)

Präsidentin Ilse Aigner: Ganz ruhig, jetzt hat erst einmal Herr Böhm das Wort.

Martin Böhm (AfD): Ich sage jetzt nichts zu dem Kollegen von Brunn.

(Florian von Brunn (SPD): Ich bin nicht Ihr Kollege!)

Vieles von dem, was Sie ansprechen, betrifft große Beträge bei Steuervergehen. Das mag sein. Die Vielzahl der Delikte wird aber nicht durch eine Steuerprüfung, sondern durch eine Sozialversicherungsprüfung festgestellt. Da müssen Sie einmal Vorschläge bringen.

Ich weiß nicht, ob Ihnen der Unterschied zwischen Steuerprüfung und Betriebsprüfung, also Sozialversicherungsprüfung, bewusst ist. Kennen Sie diesen Unterschied? Wenn Sie oder Ihr Referent die Rede ausarbeiten: Ist Ihnen dieser Unterschied überhaupt bewusst?

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Präsidentin Ilse Aigner: Bitte schön, Herr Kollege Halbleib.

Volkmar Halbleib (SPD): Dass Sie beim Thema Sachkenntnis eine dicke Lippe riskieren, ist sehr mutig.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der AfD)

Wir sind hier beim Einzelplan 06 für das Finanzministerium im Freistaat Bayern, und wenn ich zur Sozialversicherung spreche, werde ich auch da die richtigen Punkte ansprechen.

Sie sollten einmal zur Kenntnis nehmen, was alle Fachleute inklusive des Bayerischen Obersten Rechnungshofs, aber auch viele andere zur Frage der Steuergerechtigkeit in Bayern sagen. Denn anders als bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern kann das bei bestimmten steuerpflichtigen Bereichen nur durch eine Prüfung festgestellt werden. Wenn Sie aber keinen Prüfungsturnus haben oder ihn so lang gestreckt

haben, dass er an letzter oder vorletzter Stelle in der ganzen Bundesrepublik steht, dann haben Sie eine fehlende Steuergerechtigkeit. Das sollte vielleicht auch für die AfD ein Thema sein.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht für die CSU-Fraktion der Kollege Alfred Grob.

Alfred Grob (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Besucher! Ich möchte den Haushalt aus der Warte des öffentlichen Dienstes betrachten. Als langjähriger Polizeibeamter kenne ich den öffentlichen Dienst aus der Innenperspektive und weiß, was unsere 350.000 Bediensteten des öffentlichen Dienstes Tag für Tag rund um die Uhr und, wenn es sein muss, an sieben Tagen in der Woche leisten. Wir haben das auch bei den Krisen der letzten Jahre und jetzt bei der Hochwasserbewältigung gesehen. Deshalb spreche ich den Beamtinnen und Beamten und den Tarifbeschäftigten des öffentlichen Dienstes meine Anerkennung und meinen Respekt aus.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Darüber hinaus gilt mein Dank dem Finanzminister Albert Füracker und seinem ganzen Haus dafür, dass wir heute einen exzellenten, ausgeglichenen Haushalt, auf den wir alle stolz sein können, beraten und letztendlich auch beschließen werden.

Das Ziel des Doppelhaushaltes muss sein, dass der öffentliche Dienst kontinuierlich gestärkt und weiterentwickelt wird. Otto von Bismarck hat es einmal so formuliert:

> "Mit schlechten Gesetzen und guten Beamten läßt sich immer noch regieren. Bei schlechten Beamten aber helfen uns die besten Gesetze nichts."

Es ist zukunftsweisend und entscheidend, dass der Freistaat Bayern ein attraktiver und guter Arbeitgeber bleibt und, wie wir es immer formuliert haben, die besten Köpfe

zu uns kommen. Wir müssen die entsprechenden Angebote machen, um diese Köpfe dafür begeistern zu können, den Weg in die öffentliche Verwaltung zu finden. Dafür tun wir alles, und dafür müssen wir auch alles tun. Auch Sie, liebe Fraktionen der Opposition, werden hierbei unterstützen müssen; denn der Freistaat Bayern geht uns alle an.

Ich nenne Ihnen ein Beispiel. Das Gesetz zur Anpassung der Bezüge ist momentan im Entstehen, und wir haben den Tarifabschluss vom 9. Dezember zeit- und systemgerecht, wie es so schön heißt, auf den Beamtenbereich übertragen. Was bedeutet das? Wir greifen tief in die Tasche bzw. in den Geldbeutel und bringen verdientermaßen, wie ich sage, eine beachtliche Besoldungserhöhung für alle Beamtinnen und Beamten auf den Weg.

Was sind die Kernpunkte dieser Besoldungserhöhung? Es gibt einen Sockelbetrag in Höhe von 200 Euro für alle. Es gibt eine Anhebung der dynamischen Besoldungsbestandteile, die nichts anderes als die Zulagen sind, um 4,76 %. Darum hat die Berufsvertretung sehr stark gekämpft, und wir haben uns darauf geeinigt. Es gibt eine lineare Besoldungserhöhung um 5,5 % ab dem 1. Februar des nächsten Jahres. Wir haben auch die jungen Beamtinnen und Beamten nicht vergessen. Die Anwärtergrundbeträge werden um 100 Euro und dann um 50 Euro angehoben. Außerdem erhalten alle Beamtinnen und Beamten in der Summe 3.000 Euro als Inflationsausgleichsprämie.

Dieser Abschluss wird auf die Versorgungsempfänger, auf die Pensionisten, entsprechend dem Ruhegehaltssatz übertragen. Die ehrenamtlichen Ersten Bürgermeisterinnen und Bürgermeister haben wir ebenfalls nicht vergessen. Denn auch auf sie wird dieses Ergebnis im Wesentlichen übertragen.

Das heißt, der Freistaat Bayern wendet allein für diese Besoldungserhöhung 4,25 Milliarden Euro auf. Dieses Geld ist gut in die Zukunft unserer Verwaltung, unseres öffentlichen Dienstes investiert.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich möchte Ihnen noch ein paar Beispiele nennen. Wichtig ist mir die Förderung der Staatsbedienstetenwohnungen. Das ist ein Mittel, das vor allem den jungen Beamtinnen und Beamten hilft, die in die Ballungsräume versetzt werden und die Sicherheit brauchen, schnell eine finanzierbare Wohnung zu erhalten. Wir wenden deshalb heuer 50 Millionen Euro und nächstes Jahr 110 Millionen Euro auf, um Staatsbedienstetenwohnungen in den Ballungsräumen zu bauen. Für den Bau dieser Staatsbedienstetenwohnungen sind wir Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 109 Millionen Euro und in Höhe von 47 Millionen Euro eingegangen. Das ist eine wichtige Investition in die Zukunft und für die jungen Dienstanfänger.

Ein weiterer Punkt ist die Fortführung der Heimatstrategie. Für die Behördenverlagerungen gibt es eine Menge Beispiele. Ich unterstütze das sehr stark, weil man dadurch den Verdichtungsraum München entlastet und den ländlichen Raum stärkt. Das ist sehr wichtig; denn die Bediensteten des Freistaates Bayern schauen sehr wohl, wie groß die Entfernung vom Wohnort zum Dienstort ist. Wenn man da in die Fläche gehen kann, ist man weiterhin ein attraktiver Arbeitgeber.

Ein Beispiel für diese Behördenverlagerung ist die Verlagerung der Hochschule für den öffentlichen Dienst – Fachbereich Finanzwesen mit 600 Studierenden und 80 Bediensteten vom Verdichtungsraum Herrsching – Ute Eiling-Hütig wird es mir nachsehen – nach Kronach. Ich denke, das ist der richtige Weg.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Was ist mir noch wichtig? Bei der Förderung der Hochschule für den öffentlichen Dienst haben wir auch tief in die Tasche gegriffen; denn eine interaktive Medienausstattung ist nicht nur Pflicht, sondern ein wichtiges Attraktivitätskriterium. Dafür wenden wir 2,1 Millionen Euro auf, von denen 380.000 Euro aus der Fraktionsreserve stammen.

Das Gleiche gilt für die digitale Ausbildung der Polizei. Der Polizist wird seine Anzeigen künftig nur mehr am Tablet und am PC aufnehmen, und er wird digital fotografie-

ren und Vernehmungen durchführen. Dafür wird er digital ausgebildet. 3,5 Millionen Euro stehen dafür zu Buche, von denen 1,1 Millionen Euro aus der Fraktionsreserve kommen.

Meine Damen, meine Herren, all das und noch viel mehr zeigt: Der öffentliche Dienst ist uns wirklich wichtig und liegt uns am Herzen. Die Gewinnung von neuen Beamtinnen und Beamten ist elementar. Wir werden das auch in Zukunft mit aller Kraft unterstützen, und zwar so, wie wir es hier darstellen. Darauf können Sie sich verlassen.

Meine Damen, meine Herren, zu den Stellen: Wir schaffen in diesem Doppelhaushalt 6.000 zusätzliche Stellen – darunter 2.900 Lehrerstellen, 1.200 Unterstützungskräfte für die Schulen, 1.000 Stellen für Polizei und Justiz und, weil wir über den Finanzbereich reden, 300 Stellen für den Finanzbereich. Dieses Geld ist dringend nötig und sicher investiert in Polizei, in Lehrer und im Kultusbereich, also in die Zukunftsfähigkeit des Freistaats.

Es gibt aber auch die Kehrseite der Medaille. Das möchte ich ungeschminkt ansprechen. Dieses "höher, schneller und weiter" bei der Stellenentwicklung kann auf Dauer nicht funktionieren. Deshalb ist es Pflicht für die bayerischen Bürgerinnen und Bürger und auch die Steuerzahler zu sagen: Es ist Zeit, perspektivisch und langfristig über Einsparungen zu reden. Wir haben eine Personalkostenquote von über 40 %. Das heißt: 40 % des Gesamthaushalts des Freistaates Bayern –

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, die Redezeit ist um.

Alfred Grob (CSU): – gehen in die Personalentwicklung. Wir wissen, dass wir in diesem Doppelhaushalt viel für unsere Beamtinnen und Beamten getan haben. Wir werden das weiter tun.

(Zurufe: Redezeit!)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, jetzt wäre Ihre Redezeit zu Ende.

Alfred Grob (CSU): Danke an die Bediensteten des öffentlichen Dienstes für ihre tolle Arbeit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Nun hat der Kollege Bernhard Pohl für die FREIEN WÄHLER das Wort.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich beginne mit einem Dank an die Steuerzahler, die Unternehmer und die Arbeitnehmer, an all diejenigen, die unseren Staat am Laufen halten und uns die Möglichkeit geben, mit dem eingenommenen Steuergeld gute Politik zu machen. Da ist es einigermaßen heuchlerisch, wenn vonseiten von Rot-Grün ebenfalls ein Dank an die Steuerzahler kommt – verbunden mit der Aussage, dass wir viel zu viele Steuerhinterzieher in unseren Reihen haben. Das passt nicht zusammen. Das ist übrigens auch eine schallende Ohrfeige für die bayerische Finanzverwaltung. Ich weise das in aller Schärfe zurück

(Volkmar Halbleib (SPD): Verfassungsauftrag!)

und bedanke mich in gleicher Weise bei denen, die in den Finanzämtern Dienst tun. Sie machen einen exzellenten Job.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Verfassungsgerecht machen!)

Wenn wir schon bei Steuerhinterziehung sind, dann fällt jedenfalls mir immer das Stichwort "Cum-Ex" ein.

(Zurufe von der SPD)

Und mit welchem Namen ist Cum-Ex verbunden? – Mit Olaf Scholz.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zurufe von der CSU und der SPD – Florian von Brunn (SPD): Das wird immer bunter! Hören Sie auf mit den Verleumdungen!)

Liebe Kollegen von der Opposition, wenn ihr von Gerechtigkeit redet, dann meint ihr nicht Gerechtigkeit, vor allem nicht Leistungsgerechtigkeit, sondern dann meint ihr Gleichmacherei und dann meint ihr, so wie es in Berlin geschieht, dass diejenigen, die nichts leisten, mehr Geld bekommen sollen – 12 % Erhöhung beim Bürgergeld – und diejenigen, die etwas leisten, nicht entlastet werden, sondern faktisch jedes Jahr mehr Steuern zahlen müssen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Jetzt komme ich zur Spitze des Hauses. Ich hatte in der ersten Rede hier gesagt, wir haben den besten Finanzminister in Deutschland. Ich werde jetzt einmal den Beweis antreten, dass Albert Füracker das Prädikat auch verdient hat: Ich kenne kein Bundesland, das die Grundsteuerreform derart unbürokratisch umgesetzt hat. Genau das ist der Grund, warum wir mit weniger Personal auskommen als andere. Es kann nicht sein, dass man über die Reduzierung von Stellen spricht, wenn man nicht gleichzeitig auch die Aufgaben reduziert. Das ist dir, lieber Albert Füracker, meisterlich gelungen. Die Opposition hat das noch nicht einmal mit Beifall quittiert, sondern mit Häme und Kritik. Das müsst ihr euch vorhalten lassen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Martin Wagle (CSU): Skandalös!)

Wir steuern das Schiff in die richtige Richtung und geben Gas, obwohl von euch in Berlin ständig Gegenwind kommt, ständig gebremst wird. Ich erinnere mich an einen Bundeskanzler Gerhard Schröder zurzeit zwar nicht gern, aber wenn man zumindest an die letzte Zeit seiner Regierung denkt, dann weiß man: Er hat in der Krise Hartz IV eingeführt und gleichzeitig die Steuern gesenkt. Davon seid ihr mit eurer ideologischen Verblendung meilenweit entfernt!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zurufe von der SPD)

Ihr wollt verteilen – und das ist von Brunn –, was nicht da ist.

(Florian von Brunn (SPD): Gerechte Verteilung ist wichtig!)

Wenn es dann nicht reicht, dann trickst ihr die Schuldenbremse aus. Das ist unseriöses Wirtschaften. Das ist Finanz- und Wirtschaftspolitik Marke SPD.

(Florian von Brunn (SPD): Ihr seid die Beschützer der Steuerhinterzieher!)

Wir machen es anders. Deswegen hat Bayern als einziges Land in Deutschland noch positive Wachstumszahlen, wenn auch nur marginal. Wir haben wegen eurer Wirtschaftspolitik Probleme, den Haushalt so aufzustellen, dass wir alle berechtigten Wünsche erfüllen können.

(Florian von Brunn (SPD): Wegen der schlechten Wirtschaftspolitik von Herrn Aiwanger!)

Aber ich habe Hoffnung: Es wird im nächsten Jahr besser werden, wenn die Regierung wechselt.

(Florian von Brunn (SPD): Die wird nicht wechseln!)

Vielen Dank, lieber Albert Füracker, für diesen Haushalt. Wir werden zustimmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege! Halt, Herr Kollege! Es gibt eine Zwischenbemerkung. Sie haben noch mehr Redezeit. Vom Kollegen Halbleib gibt es eine Zwischenbemerkung.

Volkmar Halbleib (SPD): Geschätzter Kollege Pohl, mir fällt zu Ihrer Rede nur das Sprichwort ein: Getroffene Hunde bellen.

(Beifall bei der SPD – Martin Wagle (CSU): Zurück ins Tierreich!)

Dann hilft Ihnen nur noch die politische Flucht nach Berlin, anstatt sich mit Ihren eigenen Fehlern und Hausaufgaben in Bayern auseinanderzusetzen.

(Beifall bei der SPD)

Uns können Sie beschimpfen, aber der Chef der Bayerischen Finanzgewerkschaft, der Vertreter der Steuerbeamtinnen und Steuerbeamten, dem Sie regelmäßig danken, schreibt Ihnen Folgendes ins Stammbuch – ich darf es wiederholen –:

"Wir sind weit davon entfernt, faire und für alle gleiche Bedingungen zu schaffen. Damit aber haben die Betrüger bei uns bessere Bedingungen als die, die sich an Recht und Gesetz halten."

Das ist kein Zitat von der SPD oder von den GRÜNEN oder der Ampel, sondern ein Zitat des Chefs der Bayerischen Finanzgewerkschaft. Damit sollten Sie sich mal auseinandersetzen.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Bitte, Herr Pohl.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Halbleib, wenn Sie hier schon Hundevergleiche anstellen,

(Volkmar Halbleib (SPD): Das ist ein Sprichwort!)

dann will ich Sie daran erinnern, was Franz Josef Strauß einmal gesagt hat: Eher legt sich ein Hund einen Wurstvorrat an, als dass ein Sozialdemokrat vernünftige Finanz- und Haushaltspolitik betreibt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Plattitüden!)

Präsidentin Ilse Aigner: Jetzt spricht der Staatsminister der Finanzen und für Heimat, Herr Albert Füracker.

(Unruhe)

– Jetzt hat der Herr Staatsminister das Wort!

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will die Euphorie nicht bremsen.

(Heiterkeit bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wenn man schon mal Begeisterung empfindet für das, was andere sagen, darf man das auch zum Ausdruck bringen. Ich danke auch für das vielfältige Lob. Die Ernennung zu einem der 16 besten deutschen Finanzminister nehme ich an.

(Heiterkeit bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das ist in meiner Position nicht verkehrt. Insofern danke auch dafür. Ich danke aber auch den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern. Wer mich kennt, weiß, dass ich das bei jeder Veranstaltung mache, manchmal auch in der Weise, dass ich herleite, wer meine wirklichen Freunde sind. Ich verweise dann immer auf die bayerischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, zu denen wir auch gehören, wenn ich das einmal so sagen darf. Auch Abgeordnete zahlen Steuern, jedenfalls meiner Meinung nach.

(Heiterkeit bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Natürlich haben wir diesen Staat auf einer starken Basis fleißiger Menschen in Jahrzehnten aufgebaut. Das diskutieren wir bei der Frage: Wie sieht es im Vergleich zu anderen Ländern aus? – Wir müssen achtgeben, dass wir diese starke Basis auch behalten. Deswegen haben erstens alle recht, die sagen: Wir müssen diejenigen stützen, die unseren Staat tragen, auch im Steuerrecht. Meine Damen und Herren, wir dürfen nicht immer so tun, es wäre jeder, der gut verdient, automatisch jemand, der keine Steuern zahlt. Da wird so viel Unsinn erzählt. Ich kann jedenfalls nur sagen, dass die bayerischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler uns bislang in keiner Weise im Stich gelassen haben. Wir müssen eben überlegen und Prioritäten setzen, wie wir mit dem

Geld umgehen. Ich werde es heute Nachmittag dann bei der abschließenden Beratung des Haushaltsgesetzes noch sagen – ich muss auch strategisch auf die Dinge eingehen –: Wir sollten nicht nur auf das reagieren, was auf uns zukommt, sondern auch überlegen, was wir tun müssen, damit diejenigen leistungsfähig bleiben, die diesen Staat tragen.

Zweitens. Natürlich haben wir eine starke Steuerverwaltung. Zu allem, was ich heute zu der Beweisführung dafür gehört habe, dass das bei uns angeblich so furchtbar wäre – bis dorthin, das muss man sich mal vorstellen, dass man die Steuergerechtigkeit im Freistaat Bayern infrage stellt –, muss ich schon mal sagen: Das Phänomen der Personalausstattung von Behörden und anderen Arbeitsplätzen ist kein rein bayerisches Phänomen. Sie tun immer so, als wäre die bayerische Steuerverwaltung in einem Zustand, der anderen Bundesländern weit hinterherhinkt. Das belegen die Zahlen jedenfalls nicht; denn interessanterweise führen alle objektiven Vergleiche – zum Beispiel da, wo auch Sie wieder kritisiert haben, Herr Halbleib, nämlich bei den Prüfungsergebnissen unserer Prüferinnen und Prüfer – vor Augen, dass wir regelmäßig je Prüfer Mehrergebnisse haben, und zwar bei der Betriebsprüfung, bei der Umsatzsteuersonderprüfung, auch bei der Lohnsteueraußenprüfung. Jedenfalls haben die angeblich so schlechten Steuervollzugsmaßnahmen des Freistaates Bayern in den letzten Jahren nicht dazu geführt, dass die anderen Bundesländer uns bei der Steuerentwicklung exorbitant davongelaufen wären; vielmehr stiegen die Ergebnisse bei uns exorbitant an.

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Das hat dazu geführt, dass wir beim Länderfinanzausgleich exorbitant viel zahlen mussten. Die anderen Bundesländer haben sich bislang nicht beschwert, dass der Freistaat Bayern einen so schlechten Steuervollzug hat und wir deswegen keine Steuern mehr hätten. Wir zahlen nach wie vor Rekordsummen in den Länderfinanzausgleich, meine Damen und Herren. Ich danke unserer Steuerverwaltung.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Da fehlt nicht Steuergerechtigkeit, sondern Vernunft auf dieser Seite.

Natürlich brauchen wir Personal. Allein Stellen zu schaffen, ist mittlerweile ein relativ monosynaptischer Ansatz, wenn ich das mal sagen darf, Herr Halbleib; denn Stellen kann ich schon ausweisen. Die habe ich deswegen aber noch lange nicht besetzt. Auch das ist nicht nur ein Phänomen der Steuerverwaltung, sondern überall das Gleiche. Deswegen müssen wir Werbung machen. Das tun wir auch, auch wenn Herr Pargent unsere Werbung bisher offensichtlich noch negiert hat; aber wir haben auch mit eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus der Steuerverwaltung umfangreiche Werbekonzepte auf den Weg gebracht. Da wirbt nicht der Minister. Die jungen Leute, die wir brauchen, gehen nämlich wahrscheinlich nicht ausschließlich deswegen zur Steuerverwaltung, weil der bayerische Finanzminister, einer der besten 16 Finanzminister in Deutschland, dabei ist, sondern weil vielleicht andere junge Menschen für diesen Beruf werben. Ich treffe jeden Tag junge, engagierte Steuerbeamtinnen und -beamte, die mir sagen: Wir haben einen super Beruf, und wir sind bereit, dafür zu werben, dass weitere junge Menschen Steuerbeamtinnen und -beamte werden wollen, trotz allem, was Herr Halbleib hier sagt. Die Gewerkschaft ist immer noch der Auffassung: Am besten kann man andere für den eigenen Beruf gewinnen, wenn man den eigenen Beruf in der Öffentlichkeit ständig schlechtredet.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Dann bitte ich auch darum, hier etwas mehr Objektivität walten zu lassen. Beim öffentlichen Dienst des Freistaates Bayern arbeiten zu müssen, ist kein Desaster, auch nicht im Finanzministerium.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Deswegen helfen wir mit,

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

die Attraktivität des öffentlichen Dienstes nicht ständig schlechtzureden und immer so zu tun, als wäre das berufliche Leben in der Selbstständigkeit oder in der Privatwirtschaft ohne Belastung möglich. Ja, es ist so: In unseren Behörden wird viel geleistet. Wir haben viele Krisenjahre hinter uns. Ja, wir haben auch für die neue Grundsteuer, obwohl wir das einfachste Modell haben, 450 zusätzliche Stellen geschaffen und besetzt. Meine Damen und Herren, das sage ich heute Nachmittag auch noch mal: Immer wird darüber gesprochen, was für eine Erwartungshaltung die Kommunen haben. Wir haben als Freistaat Bayern nichts vom Grundsteuervollzug und von dem, was dort zu leisten ist. Ich habe viel Ärger damit. Okay, das ist in Ordnung. Wir haben viel Arbeit damit; aber Geld haben davon ausschließlich die Kommunen in Bayern. Ich sage das hier auch noch mal: Wir sind hier Dienstleister zugunsten der Kommunen. Deswegen erwarte ich auch, dass bei der Umsetzung dieses Jahrhundertwerks, dieser Grundsteuer, alle zusammenhelfen.

In anderen Bundesländern hat man jetzt noch kurz vor knapp das Gesetz geändert, weil man feststellt, dass es Schwierigkeiten gibt. Mit jedem Gesetz wird es im Vollzug Schwierigkeiten geben. Wir haben das in Bayern bisher kontinuierlich abgearbeitet; aber 6,5 Millionen Fälle bleiben in der Verwaltung natürlich nicht unbemerkt. Das umzusetzen, ist eine große Leistung, und deswegen sollten wir hinter unserer Steuerverwaltung stehen und auch einmal positiv sehen, Herr Pargent, dass 40 % mehr Fälle bewältigt werden konnten. Natürlich hat das auch mit Automation zu tun. Natürlich hat das auch damit zu tun, dass wir in der Steuerverwaltung Künstliche Intelligenz einsetzen. Natürlich ist die Steuerverwaltung die digitalste Verwaltung überhaupt. Über 80 % der Einkommensteuererklärungen kommen per ELSTER auf dem elektronischen Weg. Wir sind auch führend in ganz Deutschland, das umzusetzen.

Natürlich kann man überall noch besser werden. All das weiß ich; aber hier ist es auch so: Hier konzentriert man sich immer darauf, dass man dort mal einen Fall findet und da mal etwas entdeckt, was noch nicht so funktioniert, statt zu sagen, dass das in

99 % der Fälle hervorragend umgesetzt wird, meine Damen und Herren. Das ist doch die Botschaft.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir kümmern uns um das Personal. 4,25 Milliarden Euro mehr – ich glaube, das ist eine Ansage. Da kritisieren Sie noch! Artikel 6i des Haushaltsgesetzes wurde nicht gestrichen. Sie werfen so eine Aussage in den Raum, die sachlich falsch ist. Vielmehr haben wir in der Abwägung dessen, was wir an Personalkostenentwicklung haben, und auch dessen, was wir im vorigen Jahr getan haben, in diesem Jahr entschieden, nicht zusätzliche Gelder für Stellenhebungen bereitzustellen. Das heißt aber nicht, dass es in Bayern keine Stellenhebungen gibt, meine sehr verehrten Damen und Herren. Selbstverständlich gibt es Stellenhebungen, wenn auch keine zusätzlichen. Aber wir finanzieren die weiter, die wir im vorigen Jahr hatten. Wir hatten zum Beispiel zusätzlich für Artikel 6i in den Jahren zuvor mal 10, mal 12 Millionen Euro. Im letzten Jahr waren es 34 Millionen Euro für den Artikel 6i. Außerdem mussten wir das nicht nur im vorigen Jahr zahlen, Herr Halbleib. Sie als alter, erfahrener Haushälter müssen das doch wissen. Die 34 Millionen Euro vom vorigen Jahr fallen natürlich auch in diesem Jahr, im nächsten Jahr, im fortfolgenden und immer an. Insofern haben wir den Artikel 6i dieses Jahres nur vorweggenommen. Wenn wir im vorigen Jahr schon 10 Millionen Euro gemacht hätten und in diesem Jahr 24 Millionen Euro, hätten Sie heute nichts zu jammern; aber im vorigen Jahr hätten Sie geschimpft, dass wir nicht aufgestockt haben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das können wir machen, wie wir wollen, das wird nie so sein.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Meine Damen und Herren, wir setzen unsere Heimatpolitik fort.

Die Behördenverlagerung ist angesprochen worden. Auch da danke ich, dass wir das in gutem Einvernehmen hinbekommen. Wir kümmern uns um das ganze Land. Der Ministerpräsident ist gekommen, dem ich ausdrücklich für diese Heimatstrategie danke, die wir zu seiner Zeit als Finanz- und Heimatminister begonnen haben. Sie wirkt segensreich, meine Damen und Herren. Dort, wo die Behörden ankommen, gibt es Euphorie und Freude von Menschen, die dort ihre Arbeit tun und in die Nähe ihrer Heimat zurückkehren können; aber das ist keine Strategie, zu der ich jährlich einen Bericht geben kann: Wie viel Geld ist jetzt da entstanden? Wie viel ist übrig geblieben? – Ich kann nur eines sagen: Wenn wir das nicht gemacht hätten, all unsere Behörden im ganzen Land zu situieren, die Hochschulen zu dezentralisieren, wäre Bayern wesentlich ärmer. Ich weiß jetzt nicht, wie viel das auf Cent und Euro genau kostet; aber ich weiß, dass sich das tausendfach bezahlt machen wird.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Im Heimatbereich machen wir Hard Facts, wie Altmaier sagt: Behördenverlagerung, Glasfaser, all die Dinge. Natürlich kümmern wir uns um unsere Heimatpflege, den Landesverein für Heimatpflege, den Trachtenverband. Das sind alles unsere Partner. Wir haben einen Heimaterlebnistag veranstaltet. Wir haben ein Heimatentwicklungsgutachten mit 8.000 Vorschlägen der Menschen, die sich einbringen können. Meine Damen und Herren, wir pflegen Anerkennungskultur, und da geht es nicht nur immer um das Geld. Da kann man nicht immer nur die Millionen messen. Menschen, die ehrenamtlich in diesem Land tätig sind und auch einmal eine Auszeichnung bekommen für das, was sie oft seit Jahrzehnten tun, freuen sich.Auch das ist Heimatpolitik, meine Damen und Herren! Wir pflegen hier auch die Anerkennungskultur.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Natürlich organisieren wir im Einzelplan 06 unsere gesamte digitale Verwaltung. Die Steuerverwaltung ist die digitalste Verwaltung, die es gibt. Die Vermessungsverwaltung arbeitet am längsten digital. Niemand ist schon so lange digital unterwegs wie un-

sere Vermesser, organisiert durch das Landesamt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung. Das IT-Dienstleistungszentrum und große Rechenzentren programmieren für diese Verwaltungen. Das Landesamt für Finanzen ist eine der digitalsten Behörden, die der Freistaat Bayern hat. Zu nennen sind hier auch das Landesamt für Steuern als Mittelbehörde der Steuerverwaltung mit seinem Rechenzentrum Nord und das Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik.

Meine Damen und Herren, ein Thema, das ebenfalls täglich neu diskutiert wird, ist die Frage, ob man dafür überhaupt genug tun kann. Ja, man kann das Menschenmögliche dafür tun. Wir kümmern uns darum, dass die Daten sicher sind und bleiben. Wir beraten die Kommunen. Wir haben in ganz Bayern verteilt BayernLabs als digitale Stützpunkte vor Ort, damit jeder hingehen kann und sieht, was die Entwicklung bringt und was mit Künstlicher Intelligenz und Digitalisierung alles möglich ist. Dies ist die Umsetzung dessen, was wir moderne Datenverarbeitung und modernes Leben nennen. All dies organisieren wir im Einzelplan 06.

Ich danke allen Digitalisierungsprofis, die das Ganze umsetzen. Es geht ja nicht nur darum zu beschreiben, was man tun könnte, sondern man muss es jeden Tag machen. Dies funktioniert in der Weise natürlich auch nur, weil wir erstens tolle Menschen haben, die in der Digitalisierung beim Freistaat Bayern arbeiten und programmieren – ihnen danke ich sehr herzlich –, und weil wir zweitens eine Dateninfrastruktur – das sage ich zum Schluss noch – geschaffen haben, um die uns andere mittlerweile beneiden.

2013, Herr Ministerpräsident, haben wir mit unserem Glasfaserförderprogramm begonnen. Damals hatten nur 27 % der Haushalte im ländlichen Raum in Bayern schnelles Internet, was nach der Definition der Europäischen Union einer Geschwindigkeit von mindestens 30 Mbit/s entspricht. Heute haben 92 % der Haushalte über 100 Mbit/s und 69 % aller Haushalte Gigabit in Bayern. Vor 13 Jahren lag die Zahl dieser Haushalte noch im einstelligen Prozentbereich. Im Förderprogramm sind jetzt schon wieder so viele Maßnahmen vergeben, dass nach deren Abschluss praktisch

ganz knapp 80 % aller Haushalte in Bayern mit Gigabit versorgt sein werden. Das heißt nicht, dass alle Glasfaser im Haus haben, aber jeder, der Gigabit buchen kann, fragt mich nicht, ob Daten über Glasfaser oder Koaxialkabel übertragen werden, sondern bedankt sich bei mir, eine Gigabit-Verbindung zu haben!

Ich rufe das auch all jenen zu, die uns hier immer bewerten und beurteilen. Wir hören ja nicht auf: Wir haben mit diesem Doppelhaushalt in Bayern jetzt fast 3 Milliarden Euro an Steuergeldern freiwillig zur Verfügung gestellt, um die Glasfaser-Infrastruktur bei uns voranzubringen.

(Zuruf des Abgeordneten Benjamin Adjei (GRÜNE))

Wir sind der bestversorgte ländliche Raum in ganz Deutschland. Nirgendwo ist der ländliche Raum so gut mit Übertragungsraten versorgt wie in Bayern. Die Praxis zeigt mir, dass es da und dort Fragen oder Schwierigkeiten gibt oder jemanden, der noch nicht hat, was er will, aber sie zeigt auch, dass bei Weitem nicht einmal die Hälfte derjenigen, die Gigabit buchen könnten, es auch wirklich tun. Bei denjenigen, die Glasfaser haben, ist es das Gleiche. Viele eigenwirtschaftliche Ausbauaktivitäten unserer Telekommunikationsunternehmen scheitern, weil die Leute gefragt werden: Wenn wir hier Glasfaser bauen, würdet ihr das dann auch in Gigabit-Übertragungsgeschwindigkeit buchen? Wenn es nicht genügend viele Zusagen gibt, weil die Menschen kein Gigabit buchen wollen, findet kein Ausbau statt, und dann müssen wir wieder fördern.

(Zuruf des Abgeordneten Benjamin Adjei (GRÜNE))

Deswegen sage ich Ihnen, meine Damen und Herren, auch wenn das meistdiskreditierte Programm der letzten Jahre unser Glasfaserausbauprogramm ist, ist es in Wirklichkeit das erfolgreichste technische Infrastrukturprojekt der letzten Jahrzehnte in Bayern!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wenn jetzt auch noch die Bundesregierung das tun würde, was sie tun müsste, nämlich so viel Geld zur Verfügung stellen, dass wir noch rascher vorankämen, dann hätten wir noch weniger Probleme in Bayern und könnten auch entsprechend noch mehr davon umsetzen, was immer von mir verlangt wird und andere nicht tun, die dafür zuständig wären.

In diesem Sinne danke ich, wenn Sie diesem Einzelplan 06, wie er technisch heißt, dem Haushalt des Finanz- und Heimatministeriums Ihre Zustimmung geben könnten. Er ist so gut, dass Sie dies bedenkenlos tun sollten. Ich werbe ausdrücklich dafür. Selbst die Skeptiker sollten dieses Mal ihre Hand heben und voller Freude und Begeisterung sagen: Dies ist ein toller Haushalt, wir stimmen zu.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie des Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder und der Staatsminister Dr. Florian Herrmann und Dr. Fabian Mehring)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege Pargent hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Tim Pargent (GRÜNE): Herr Staatsminister, es tut mir leid, dass wir in diesen Jubel – ich hätte fast Standing Ovations erwartet – nicht einstimmen können,

(Zuruf: Oh!)

zum Beispiel auch aufgrund der Zahlen, die sich bei den Prüfungen ergeben. Sie haben zu Recht auf die Mehrergebnisse der Prüfungen hingewiesen. Deshalb frage ich mich, warum die Bayerische Staatsregierung die Zahl der Betriebsprüfungen in Bayern gesenkt hat. Von 2000 bis 2018 – in der Amtszeit des Ministerpräsidenten – gingen die Betriebsprüfungen um 24 % zurück.

(Zuruf)

Warum werden bei den Einkommensmillionären, bei denen es regelmäßig sehr hohe Mehrerträge zu holen gibt, im Vergleich zu 2010, als noch jeder vierte Fall bzw. 25 % geprüft wurden, heute nur noch 10 % der Fälle geprüft? Warum haben Sie diese Prüfungsanzahl gesenkt?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Ich weiß nicht, ob wir Statistiken führen, wie viele Einkommensmillionäre wie und wo geprüft werden. Entschuldigung, Herr Halbleib hat gerade darauf hingewiesen: Den Einkommensmillionär gibt es ja möglicherweise nicht nur dort, wo geprüft wird, sondern es kann auch jemand sein, der abhängig beschäftigt ist. Ob deswegen alle erfasst sind, wie Sie gefragt haben, weiß ich nicht. Ich weiß nur, dass niemand, der politisch Verantwortung in diesem Land trägt, vorschreibt, welche Anzahl an Prüfungen stattzufinden hat. Es hängt nicht nur an der Zahl selbst, sondern an der Komplexität der Fälle. Es kann sein, dass eine Prüfung zwei oder vier Mal so lange dauert wie eine andere. Wir haben zum Beispiel in großen Unternehmen des Freistaates Bayern dauernd Steuerprüfer sitzen, die das Ganze prüfen. Natürlich haben wir in den letzten Jahren – und zwar nicht in der Amtszeit des Ministerpräsidenten Dr. Söder, sondern auch schon zu meiner Zeit, Stichwort Grundsteuer – alle miteinander in der Steuerverwaltung zusehen müssen, dass wir der Herausforderung Herr werden. Dies haben wir, glaube ich, gut gemacht.

Ich kann nur noch einmal sagen, dass die Mehrergebnisse unserer Prüfer im Vergleich zu anderen Bundesländern deutlich besser sind. Wenn Sie daraus schließen, dass andere Bundesländer scheinbar nicht gut genug prüfen, könnte dies Ihr Schluss ein. Ich werfe das diesen Ländern auch nicht vor; denn hätten sie in anderen Bundesländern genauso viele Mehrergebnisse und Prüfer wie in Bayern, hätten sie auch viel bessere Steuereinnahmen. Das ist eigentlich der logische Schluss, den Sie daraus ziehen sollten, Herr Pargent. Deswegen rufe ich alle dazu auf, im Sinne von Herrn Pargent dar-

auf zu achten, dass in ganz Deutschland alle Steuerprüfer genauso viele Steuermehreinnahmen generieren wie in Bayern. Dann haben wir viel, viel mehr Steuereinnahmen in ganz Deutschland!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2024/2025, Einzelplan 06, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 19/816 mit 19/827, 19/1125 und 19/1149 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 19/2057.

Zunächst ist über den eingangs erwähnten Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Förderung einer Studie zum Zusammenhang zwischen Steuerausfällen und Energiepolitik" auf Drucksache 19/824 in einfacher Form abzustimmen. Dieser Änderungsantrag wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlen.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind CSU, FREIE WÄHLER, GRÜNE und SPD. Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 06 selbst. Dieser wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung mit Bericht, Drucksache 19/2057, genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 06 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind CSU und FREIE WÄHLER. Gegenstimmen! – Das sind AfD, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Enthaltungen? –

Sehe ich keine. Damit ist der Einzelplan 06 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht gesondert abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge finden Sie wie immer auf Plenum Online.

(Siehe Anlage 1)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

> "Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Doppelhaushalts 2024/2025 vorzunehmen."

Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist das gesamte Hohe Haus. Gegenstimmen? – Sehe ich nicht. Enthaltungen? – Sehe ich auch keine. Dann ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 19/2057 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 19/826, 19/827, 19/1125 und 19/1149 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 06 ist abgeschlossen.

Mitteilung

des Bayerischen Landtags

zum Tagesordnungspunkt **15**

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 06

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl u.a. und Fraktion (SPD)
   Haushaltsplan 2024/2025;
   hier: Mehr Personal in der Steuerverwaltung für einen besseren Steuervollzug und mehr Steuergerechtigkeit in Bayern
   (Kap. 06 05 Tit. 422 01)
   Drs. 19/816

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl u.a. und Fraktion (SPD)
   Haushaltsplan 2024/2025;
   hier: Aufgabenmehrung abfedern: 10 neue Stellen im Landesamt für Finanzen
   (Kap. 06 15 Tit. 422 01)
   Drs. 19/817

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2024/2025;
   hier: Stellenhebungen im Bereich der Finanzverwaltung
   (Kap. 06 05 Tit. 422 01)
   Drs. 19/818

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Dr. Sabine Weigand u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2024/2025;
   hier: Historische Gärten klimafit aufstellen: Bewahrung des gartenkünstlerischen Erbes in Bayern durch mehr Stellen für die Verwaltung der staatlichen Schlösser, Gärten und Seen
   (Kap. 06 16 Tit. 428 30)
   Drs. 19/819

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2024/2025;
   hier: Treibhausgasausgleich
   (Kap. 06 02 Tit. 533 49)
   Drs. 19/820

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2024/2025;
   hier: Photovoltaik auf staatlichen Dächern
   (Kap. 06 02 Tit. 701 11)
   Drs. 19/821

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2024/2025;
   hier: Unsere Heimat I – Preise im Bereich Heimatpflege
   (Kap. 06 03 Tit. 681 81)
   Drs. 19/822

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2024/2025;
   hier: Unsere Heimat II – Förderung traditioneller Vereine
   (Kap. 06 03 TG 81 neuer Tit.)
   Drs. 19/823

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2024/2025;
   hier: Förderung einer Studie zum Zusammenhang zwischen Steuerausfällen und Energiepolitik
   (Kap. 06 03 neuer Tit.)
   Drs. 19/824

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Johann Müller, Andreas Winhart und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2024/2025;
    hier: Zuschuss an die Münchner Sicherheitskonferenz gGmbH im Bereich Cyber Security
    (Kap. 06 20 Tit. 682 71)
    Drs. 19/825